

L 13012 E

NPD
NATIONALDEMOKRATEN

Deutsche Zukunft

Landesspiegel Nordrhein-Westfalen

Das höchste Gut des Mannes
ist sein Volk,

Das höchste Gut des Volkes
ist sein Recht.

Des Volkes Seele
lebt in seiner Sprache.

Dem Volk, dem Recht
und seiner Sprache treu,
fand uns der Tag,
wird jeder Tag uns finden.

Selig Dahn

Patenschaftsverband Ostpreußen

Nr.12-Dez.1997

Sie wollen: **Arbeit**
und soziale Sicherheit ?

Sie wissen:

**Die Bonner
und Brüsseler Politiker
haben versagt!**



Dann ist es...

ZEIT ZUM HANDELN!

*Wir stehen ...
... für ehrliche Politik
zugunsten aller Deutschen*

Wir meinen ...
ERST DEUTSCHLAND - dann Europa!

*Darum Ihre Stimme für Ihren sicheren Arbeitsplatz
Darum Ihre Stimme den*



Nationaldemokraten

*... denn Ihre Zukunft sollte
es Ihnen wert sein !*

NPD

Auf ein Wort

Dr. Helmut Linssen wird in seiner Partei unter Wert gehandelt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion bekam bei der Wahl des Fraktionsvorstandes Gegenwind von dem Landesgeneralsekretär Herbert Reul, der von Linssen nicht mehr als stellv. Fraktionschef vorbeschlagen, aber entgegen seinem Votum, von der Mehrheit wiedergewählt wurde.

Ebenso die Feministin Regina von Dinther konnte sich durchsetzen, obwohl sie nicht die Wunschkandidatin des Fraktionschefs war. Mit Reul und von Dinther und dem Herzjesusmarxisten Norbert Blüm als Landesvorsitzender, hat sich die Linke Richtung in der CDU durchgesetzt.

Eigentlich schade, denn entgegen den Bekundungen Dr. Linssen's hat besonders Reul erhebliche Empfindlichkeiten und Berührungsängste mit der Rechten.

Reul ist es, der nach eigenen Bekundungen schwarz-rote Koalitionen in Nordrhein-Westfalen für denkbar hält und solche nicht ausschließen will. Daß er mit seinen Vorstellungen manchen Konservativen in der CDU vor den Kopf schlägt, nimmt er in



Kauf. Er ist wie der linke Heiner Geißler in der Bundestagsfraktion besessen von einem Vernichtungswillen gegen uns, der nicht zulassen kann, daß rechts von der CDU eine politische Partei Grund faßt.

Das wird dereinst der CDU Kopf und Kragen kosten, weil sie sich aller Möglichkeiten entledigt, die bürgerliche Mehrheit in unserem Land politisch zum Erfolg zu führen, es sei denn, sie wird mit der FDP kungeln und sich wie die CDU im Bund erpressen lassen.

Karl Emil

DS

**Die Stimme des
nationalen Widerstands**

In Memoriam Heuchler Voscherau

Die meisten evangelischen Pfarrer sind in der SPD anzutreffen. Zugleich hat diese Partei auch die meisten Atheisten als Mitglieder. Diese dürfen auch, wenn es der SPD nützlich erscheint, in ihren Kirchen Predigen halten. Natürlich nicht über den Atheismus, sondern über den Sozialismus, wie ihn Kommunisten und Sozialdemokraten verstehen, die ja beide die selbe Wurzel im Marxismus haben, wobei dem lauschenden Kirchenvolk nicht selten erzählt wird, daß das frühe Christentum eigentlich schon der Kommunismus war und beides - Christentum und Marxismus - eine Wahlverwandte sind. Herbert Wehner, der Erzkommunist und Dunkelmann, von dem jetzt herauskam, daß er als SPD-Vize über Jahrzehnte Spitzeldienste für die SED geleistet

hat, konnte in einer bekannten Hamburger Kirche als Gastprediger auftreten, obwohl er Atheist war.

Nun scheint der gescheiterte Henning Voscherau in seine kirchlichen Fußstapfen treten zu wollen. Voscherau, der noch nie Mitglied einer Kirche war, predigte jüngst - wie vormals Wehner - in der Nikolaikirche und betonte in seiner Ansprache, daß er nie des Geldes wegen aus der Kirche austreten würde, und er sei auch nie ausgetreten. Das brauche er auch nicht, wie seine Senatskanzlei bemerkte, denn Voscherau sei nie Mitglied einer Kirche gewesen und könne folgerichtig dann auch nicht aus einer solchen austreten. So sollte das Wahlvolk in Hamburg verarscht werden.

Stremme

Vergangenheitsbewältigung

Das Simon Wiesenthal-Zentrum in den USA, welches mit pathologischem Haß Deutsche verfolgt, erklärte zu den Vorgängen um die Amateur-video-Aufzeichnung von Soldaten der Bundeswehr in Hammelburg, die auch von uns abgelehnt werden, aber im Grunde nur dumme Jugendstreichche sind, daß die Bundesregierung

alles daran setzen müsse, um den "rechtsradikalen Hintergrund" der Sache aufzudecken.

Herr Rühle, der in seiner Zeit als Wiking-Fähnleinführer sicher auch ähnliche Feldübungen mitgemacht hat, überschlug sich nun in seinen Versicherungen gegenüber dem Wiesenthal-Zentrum, nichts unversucht zu

lassen, die "Täter" hart zu bestrafen und zu disziplinieren. Dabei läßt unser Rechtssystem so etwas überhaupt nicht zu. Krieg zu spielen in allen Varianten, wenn dabei keine Waffen gebraucht und Menschen verletzt werden, ist nicht strafbar.

Auch das Land Nordrhein-Westfalen fühlt sich in der Pflicht, die Tat von Hammelburg zu sühnen, obwohl dieses Städtchen im fernen Bayern liegt. Die Landesregierung will 320.000 DM ausgeben, wie der Staatssekretär Lieb in New York bekannt gab, um an der Bochumer Ruhruniversität das in Osteuropa gesprochene Jiddisch zu fördern, und das Vergessen die-

ser deutsch-polnischen Sprachvariante zu verhindern.

Natürlich muß auch dafür die deutsch-jüdische Vergangenheit erhalten, denn "nach dem Mord an Millionen Menschen jiddischer Sprache und Kultur, wäre das Vergessen der Nachgeborenen eine weitere Schuld" erklärte der Staatssekretär. So soll der amerikanische Linguist Uriel Weinreich als erste Rate aus NRW 60.000 DM erhalten, um zunächst ein Datenprogramm für die Computerauswertung des Jiddischen kaufen zu können. Der Rest von 260.000 DM erfolgt dann unverzüglich.

Stremme

Liechtenstein verteidigt Ruf als "Steueroase"

epd **Vaduz** - Liechtensteins Fürst Hans-Adam II. hat die Steuerpolitik seines Landes und die Verwicklung in Fälle von Steuerhinterziehung im übrigen Europa verteidigt. "Natürlich haben wir hier Steuerfluchtgelder. Das ist auch gut so", sagte er in einem Interview.

In Europa beanspruche die öffentliche Hand durchschnittlich rund 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Damit arbeite jeder die Hälfte der Zeit für den Staat. "Das ist Wahnsinn. Im Mittelalter hätte man das als Frondienst und Leibeigenschaft bezeichnet".

Süßwasser wird weltweit knapp!

Daß Wasser ein wichtiges Lebensmittel ist und der Mensch mit diesem sorgsam umgehen sollte, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Nun stellten Wissenschaftler des Beirates der Bundesregierung: "Globale Umweltveränderungen" in einem Jahresgutachten fest, daß "Süßwasser für viele eine rare Kostbarkeit werden wird". Das ist sicher richtig und eine Binsenwahrheit.

Dieses festzustellen, bedarf es keines hochbezahlten wissenschaftlichen Beirates in der Bundesrepublik. Wenn in Wüstengebieten und in vielen Dritte-Welt-Ländern Trinkwasser und Wasser für sanitäre Einrichtungen fehlen, ist das nicht zuletzt auf die Überweidung sonst weiter fruchtbarer und wasserführender Landschaften zurückzuführen und sicher auch durch schon in der Antike betriebenen Raubbau durch Abholzen der Wälder, deren Holz für den Schiffsbau oder als Brennholz verbraucht wurde.

Nun sollen - ein typisch deutscher Vorschlag - die deutschen Verbraucher und später die gesamte EU ein Weltwasserpfennig bezahlen, um ein Wasserfond zu finanzieren, aus dem dann die betroffenen Regionen unterstützt werden können. Als zweiter Schritt wollen die Bonner "Wasserköpfe", daß weltweit ein Wassergeld eingeführt wird, ähnlich dem Wohn-

geld, um einen Mindestbedarf an Süßwasser bezahlbar zu machen.

Alles sehr idealistisch und edel gedacht, nur - und das ist zu erwarten - werden die Deutschen diese Menschenfreundlichkeit zum größten Teil mit ihrem Geld bezahlen, ebenso wie wir bereits die Wasseraufbereitungs- und Wassergewinnungsanlagen der Stadt Mexiko finanzieren und als Sozialamt der Welt die meisten sogenannten Asylanten aufnehmen und alimentieren.

So etwas kann sich ein Staat leisten, der im Wohlstand schwelgt und seinen übermäßigen Reichtum wie Suppe austeilende Kapuziner-Mönche als Wohltaten verteilen kann. Die Bundesrepublik ist aber nur steinreich an Schulden. Selbst notwendige Reformen können mangels Geld nicht mehr im eigenen Land finanziert werden. Der Staat und das ihn tragende System ist eigentlich konkursreif.

Trotzdem leisten wir uns den Luxus, alle Welt zu beschenken. Wir Nationaldemokraten wollen, daß mit deutschem Geld zuerst deutsche Probleme gelöst werden.

Wfr.

Kirchen wollen 2.000,- DM Rente für "Naziopfer"

Daß die Kirchen in Deutschland ihren Teil dazu beitrugen, den Führerkult um Hitler aufzubauen und nicht liebedienerisch genug sein konnten, die Machthaber des NS-Staates zu umwerben, machen wir in jeder Ausgabe dieser Zeitschrift in unserem "Wort zum Sonntag" deutlich. Wie opportunistisch die Kirchen heute sind, geht aus der Mitteilung hervor, daß nach Auffassung der Evangelischen Kirche im Rheinland alle "Opfer der Nazi-Verfolgung mit einer künftigen Rente von 2.000,- DM monatlich entschädigt werden sollen"!

Das Geld soll durch eine Bundesstiftung aufgebracht werden, die durch Steuermittel gespeist werden soll. Natürlich nicht mit Mitteln aus dem Kirchensteueraufkommen, sondern mit Mitteln, die der Staat seinen Bürgern neben der Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag zusätzlich auspressen wird.

Die Synodalen dieser Kirche, zu denen auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau gehört, sollen

nach dem Willen der Synode massiven Druck auf die Bundesregierung ausüben. Daß Rau dafür empfänglich ist, war hinreichen bekannt. Die von ihm forcierten Abmachungen mit den jüdischen Minigemeinden in unserem Land, die diesen einen erheblichen Geldsegen garantieren, sprechen für sich.

Auch seine zahlreichen Besuche in Israel, die er nicht nur unternimmt, um dort sich an eine alte Liebe zu erinnern, werden dem Land zunehmend teuer. Kürzlich verschenkte er in Tel Aviv eine aus Landesmitteln finanzierte wissenschaftliche Bibliothek. Daß in seiner eigenen Partei der Ruf laut wird: "der Kerl muß weg!" und man an seinem Stuhl in Düsseldorf sägt, wobei nicht nur seine fehlende Niere, sondern auch andere körperliche und geistige Schwächen aufgeführt werden, ist ein Indiz dafür, daß Rau auch jetzt in seiner Partei als Fehlbesetzung angesehen wird.

Stremme

**Wir fordern: Starke Mark statt
schwaches Spielzeuggeld!**

McDonalds macht Österreich wieder zur Ostmark

Während der Links/Grüne Chaot Joschka Fischer aus seiner Villa in der Toskana vor einem neuen Faschismus in Deutschland warnt, die deutsche Justiz entgegen der europäischen Rechtskultur, die Auslieferung von Erich Priebke nach Deutschland verlangt.

Michael Fürst, ein Berufsjude vom Zentralrat in Frankfurt die Abstrafung zweier Journalisten fordert, die bei der Leichtathletik-WM in Athen rassistische Bemerkungen machten und Jan Ph. Reemtsma von der Stadt Hamburg den Lessing-Preis 1997 zuerkannt bekam, weil er auf besonders niederträchtige Weise das Ansehen der Deutschen Wehrmacht und der gefallenen deutschen Soldaten beleidigte und herabsetzte, hat die US-Schnellimbißkette McDonalds in Österreich etwas besonders Böses getan.

Die US-amerikanische Freßkette, die für ihre Essunkultur bekannt ist, hat ausgerechnet in dem Land, aus dem der Führer kam, in ihren Lokalen eine Österreichkarte aus dem Dritten Reich als Papierunterlagen für die Imbißtablets drucken lassen, auf der die sieben Gaue der Ostmark aus dem Jahre 1938 zu sehen ist.

Entsetzliches Geschrei in der Alpenrepublik, aber auch in Bundesdeutschland, als wenn der Führer bereits vor der Haustüre des Herrn McDonalds stände. Dabei braucht die Freßkette hier in Deutschland keine Angst zu haben, solange sie die Delegierten und Gäste der CDU-Parteitage zum Null-Tarif mit Speisen und Getränken versorgt, wird sich kein bundesdeutscher Arm regen, die Coca-Cola-Amis des versteckten Nazismus zu verdächtigen.

de Phillip

Die PDS möchte sich häuten

Die PDS ist gewaltig bemüht, von ihrem Image als Nachfolgepartei der kommunistischen SED wegzukommen, um bei einem Regierungswechsel in Bonn an einer SPD-GRÜNE-Regierung anteilig beteiligt zu werden. Der Imagewechsel wurde auf einer Veranstaltung dieser Partei in Berlin-Hohenschönhausen diskutiert,

als Leute, die man zu den Realos innerhalb der PDS zählt, zu einer neuen Geschichtsbewertung der roten Gurus Lenin und Stalin aufrufen.

So wurden von den nun sich wandelnden Kommunisten Lenin wie auch Stalin richtiger Weise als Verbrecher eingeordnet. Stalin wegen der grauenhaften Schauprozesse

und der Kulaken-Vernichtung und Lenin wegen verschiedener Grausamkeiten, darunter nicht zuletzt die Anordnung, die Zarenfamilie in Jekatharinenburg auf bestialische Weise ermorden zu lassen.

Die Demontage der kommunistischen Säulenheiligen stieß bei besonders tiefrot eingefärbten Kommunisten in der PDS auf laute Empörung. Besonders der Sprecher des Parteirates der PDS Michael Benjamin, Sohn der berühmten Justizministerin Hilde Benjamin, die in ihrer Amtszeit als Generalstaatsanwältin und später als Ministerin zahlreiche Todesurteile erwirkte, der insbesondere politische Gegner des

roten Terrorsystems zum Opfer fielen, beklagte, daß nun der Realoflügel um Gregor Gysi zum Schaden und Nachteil des Erbes der russischen Oktoberrevolution die emotional abstoßenden Züge des Kommunismus in den Vordergrund stelle.

Wie unverfroren die Leute um Gysi die kommunistische Vergangenheit ihrer Partei verdrängen, zeigte ein Vorgang zum Jahrestag des Mauerbaues, als die PDS an einem Mahnmahl einen Kranz niederlegte, der von den Opfern des SED-Regimes als Provokation empfunden wurde und unter Beifall der Bevölkerung entfernt wurde.

Wfr.

Schwarz vor Augen

Mecklenburg-Vorpommern wird von der CDU regiert. Daß die politisch Schwarzen eine Vorliebe auch für schwarze Menschen haben, ist spätestens seit dem Auftritt nackter Negerinnen auf einem CDU-Bundesparteitag bekannt geworden. Auch ihr Werbeslogan in einer Bundestagswahl "black is beautiful" (schwarz ist schön), gibt die Vorliebe für die Farbe "schwarz" preis.

Daß der Ministerpräsident Bernd Seite eine Werbung für das Land Mecklenburg-Vorpommern mit einem schwarzen Fotomodell startet und die Menschen im Land der vielen Seen, die zumeist blond und blauäugig sind, auf Plakatflächen mit der schwarzen

Jule als "blöd, weil blond und blauäugig" beleidigt, haben die biedereren Mecklenburger nicht verdient.

Die Schweriner Staatskanzlei investiert in diese Werbung, die nur eine Negativwerbung für das Land sein kann, 8 Millionen DM. Die Ostseebarn des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden dieses deutsche Bundesland sicher meiden. Welcher blonde Skandinavier oder Balte läßt sich als Tourist als blöd abwerten? Daß schwarze Menschen in unserem Land dagegen aufgewertet werden, ist nicht zu übersehen.

Nicht nur, daß in den deutschen Städten unübersehbar die Mohren aus Afrika auftauchen, sondern auch

in der Werbung werden schwarze Modells auf Modenschauen für Europäerinnen vorgeführt. Kaum ein deutscher Fußballverein von der Landes- bis zur Bundesliga hat keinen Neger in der Mannschaft.

In den Familienserien des Fernsehens müssen Schwarze unbedingt zu sehen sein, als wenn ein Neger unabdingbar in jede deutsche Familie

gehöre. In deutschen Krimiserien werden Schwarze für Multikulti und multiethnische Ausgeglichenheit unbedingt gebraucht und vor einiger Zeit startete die Michel Schirmer Agentur eine Großplakatwerbung, in der ein halbnackter Neger als Schwiegersohn für ihre deutschen Mütter empfohlen wurde.

de Phillip

CDU schreibt weiter von der NPD ab

Merkwürdiges trug sich im Düsseldorfer Landtag zu. Die CDU-Fraktion brachte einen bayerischen Entschließungsantrag ein, mit der Aufforderung, das Hohe Haus sollte der bayerischen Vorlage beitreten. Bei der Vorlage handelt es sich um einen bayerischen Entschließungsantrag, der vom Inhalt her zuvor nur von der NPD vertreten worden war und in dem gefordert wird, der Ausländerkriminalität energisch entgegenzutreten und straffällig gewordene Ausländer ohne Wenn und Aber abzuschieben.

Die CDU um Dr. Linssen hätte es einfacher gehabt, direkt auf NPD-Vorlagen zurückzugreifen. Da aber Herr Reul, der Generalsekretär der Landes-CDU, Berührungängste vor uns Nationaldemokraten hat, wurde der bayerische Umweg gewählt. Das brachte auch der GRÜNEN-Abgeordnete Appel auf den Punkt, als er in seinem Debattenbeitrag bemerkte, daß der CDU-Antrag geeignet sei,

wie schon zuvor in der Asylkampagne, die rechte Gesinnung in diesem Lande wieder zu fördern.

Bekanntlich hat die Sympathie der Bevölkerung für die Vorschläge der rechten Parteien für eine rigoros zurückführende Asylpolitik dazu geführt, daß die etablierten Parteien diesem Verlangen in einer - für uns aber noch nicht ausreichenden - verbesserten Asylgesetzgebung Rechnung trugen und die Asylgesetze verschärften.

Da die Grundstimmung in der Bevölkerung für ein schärferes Vorgehen gegen Kriminelle und besonders gegen die ausufernde Ausländerkriminalität ist, will die CDU der Rechten Wind aus den Segeln nehmen und das reinigende Wasser von Rechts auf ihre eigenen Mühlräder leiten. Uns Nationaldemokraten kann das nur willkommen sein, sehen wir doch, daß rechte Wahrheiten sich langsam, nach Verstreichen einer

angemessenen Schamfrist, auch bei der CDU durchsetzen.

Frenz

Ein nachdenklicher Verfassungsschutz

Bei der Beratung des Landesverfassungsschutzberichtes für 1996 im Hauptausschuß des Landtages unter Vorsitz des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen wurden bemerkenswerte Gedanken geäußert. Zunächst stellte der Beamte des Innenministeriums Riotte auf eine Frage der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi, warum die NPD über einen eigenen Provider Zugang zum Internet hat, dankenswerterweise fest "Die NPD ist keine verbotene Organisation, und von daher habe man keine Strafverfolgungsgrundlagen".

Besonders beobachtungswert und als gefährlich wurde die Neue Rechte eingestuft, weil diese eine intellektuelle Erhöhung der Rechten in den Vordergrund bringen kann und eine neue Situation herstellt, die geeignet ist, die Rechte hoffähig zu machen. Bisher wurde das öffentliche Bild der Rechten von Krawallmachern in Fliegerstiefeln mit Bomberjacken und Tätowierungen bestimmt, die bevorzugt im Fernsehen als "typisch Rechte" vorgeführt wurden und abschreckend auf die Bevölkerung wirkten. Der Staatssekretär Riotte, der neben

dem stellvertretenden Leiter des Verfassungsschutzes Hans Josef Huylmann dem Hauptausschuß Rede und Antwort gab, stellte den Erfolg der Verhinderungen der Kundgebungen zum Gedenken an Rudolf Heß in Nordrhein-Westfalen dar. 1997 hätten sich in diesem Land nur etwa 100 Personen, angesichts der überall vorhandenen Polizeipräsenz, bereitgefunden, zu demonstrieren.

Wir Nationaldemokraten bedauern das nicht. Denn das zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, daß die Heß-Gedächtnisveranstaltungen zur Selbstdarstellung wildgewordener FAP-Anhänger dienten, die als Bürgerschreck im Fernsehen ins Bild gebracht, Abneigungen gegen die Rechte erzeugten, die letztendlich in 0, % Ergebnissen bei Wahlen, trotz vorhandener Grundstimmungen für rechte Politik, mündeten. Das haben weder die organisierte Rechte noch auch Rudolf Heß verdient.

Wfr.

Stellen frei bei der Polizei - nur für Ausländer

Für den mittleren Dienst bei der Polizei sind zum 1. April 1998 noch Stellen frei. Nicht für Deutsche, sondern, wie das zuständige Innenministerium mitteilt, vorzugsweise für Ausländer. Für diese hat man extra eine telefonische Anwerbestelle mit zwei Einstellungsberatern geschaffen.

Dazu paßt auch das kostenträchtige Bemühen, deutsche Polizeibeamte auf Sprachkurse zu schicken, wie es jetzt in Duisburg geschieht, damit sie dort ein Jahr lang Türkisch pauken. Bei mir löst dieses Zukunftsängste aus, weil ich befürchte, daß meine Nachkommen einmal Fremde im eigenen Land sein werden - von Ne-

gern, Türken und anderen Orientalen herumkommandiert.

Schon heute stelle ich mir vor, von einem Mohren in deutscher Polizeiuniform ein Knöllchen verpaßt zu bekommen. Daß ich ausraste, ist vorprogrammiert. Die Folge wird der Knast sein, in dem ich wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Volksverhetzung und was noch schlimmer ist, wegen Rassismus einsitzen werde. Heut lacht man darüber, aber morgen kann es schon bitterer Ernst sein. Zeit, Widerstand zu leisten!

de Phillip

Kunstförderung in Bonn

Steve Reich - der Name spricht für sich - ein jüdischer Tonsetzer, führt in Bonn eine Oper auf, die genau achteinhalb Minuten dauert und vom Kultursekretariat des Landes finanziert wurde.

Daß das Publikum sich verarscht fühlte, kann man verstehen. Hier wurden nicht nur erhebliche Steuermittel vergeudet, denn der amerikanische Komponist wurde fürstlich bezahlt, auch der ganze Werberummel um diesen Künstler, der es fertig

brachte, Musik zu einem nicht mehr verständlichen Instantkonzentrat zu verarbeiten, kostete unverhältnismäßig viel Geld.

Das Spektakel machte den Reich noch reicher und das Publikum zum Narren. Daß solcher Musikunsinn nicht gerade das Interesse an unseren Musentempeln und die Bereitschaft, öffentliche Gelder in diese zu stecken, weckt, sollte man sich vor Augen halten.

Frenz

Fernstenliebe statt Nächstenliebe:

**Flutopfer-Spenden: Von 46 Millionen Mark nur 3,5 Mill.
(also 7,6 Prozent) an die eigenen Landsleute!**

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) teilte mit, daß der **Großteil** der bislang eingegangenen Spenden in Höhe von **rund 46 Millionen Mark nach Polen und Tschechien** fließen werde. Dort sei die Not am größten, sagte die Geschäftsführerin des DRK-Landesverbands Brandenburg, Bärbel Unrath.

Für die deutsche Oderregion habe

das DRK-Brandenburg zunächst gut **dreieinhalb Millionen Mark*** als Soforthilfe zur Verfügung. Laut Unrath sind in Brandenburg etwa 170 Familien durch die Flutkatastrophe besonders schwer betroffen.

Schwäbische Zeitung

Mittwoch, 13. August 1997/Nr. 185

* 3,5 Millionen DM von 46 sind 7,6 Prozent (!)
für deutsche Flutopfer!

Diese Spendenvergabe grenzt nach Meinung aller Befragten, denen wir dieses Dokument vorgelegt haben, an Veruntreuung.

Wir bitten alle Leser und Spender, diesen Spendensammlern ihre Meinung laut und deutlich kundzutun!

Die Indianer

**konnten die Einwanderer
nicht stoppen.**

Jetzt leben sie in Reservaten.

**Wenn SIE Ihren Kindern das
ersparen wollen, wehren Sie sich!**

UN, Postfach 1826, D-55388 Bingen

DEUTSCHLAND WIRD LEBEN!

Herr Tichot, Knesseth-Präsident in Tel Aviv, machte mit 90 seiner Kollegen Druck in Bonn, die Wiedergutmachungen an sogenannte Holocaust-Opfer nachzubessern. Da zeitgleich in den USA 82 Senatoren die gleichen Aktivitäten entwickeln und das American Jewish Committee unter ihren Präsidenten Rifkind und dem Direktor Harris in der New York Times, wie auch in anderen Zeitungen, gleiche Forderungen an Deutschland veröffentlichen, kann man mir nicht ausreden, daß dieses nicht eine synchrone Verabredung des Internationalen Judentums ist, das bereits ausgeblutete Deutschland vollends abzuschlachten.

Diesmal soll Deutschland die in Osteuropa lebenden Juden entschädigen, die in den meisten Fällen während der Sowjetzeit als Intelligenzler privilegiert und führende Kommunisten waren. Viele von ihnen hatten nie direkte Berührungen mit Deutschland, gehörten aber innerhalb des Ostblocks zu den gehässigsten Deutschenfeinden. Wenn Ilja Ehrenburg noch leben würde, müßte er nach den Vorstellungen des American Jewish Committee eine deutsche Entschädigungsrente erhalten, wofür innerhalb

Deutschlands auch die GRÜNEN eintreten, die jüngst in Bonn forderten, daß die Bundesrepublik jeden Ostjuden vorab mit 10.000 DM unterstützen sollte.

Auch das gehäufte Zeigen von Holocaust- und Vergangenheitsbewältigungsfilmen in der jüngsten Zeit, die zudem noch alte, längst widerlegte Lügen und Verleumdungen auflegen und die betonte Repräsentation des Ignaz Bubis in den deutschen Medien und den Zeitungen, der nicht nur für den weiteren Zuzug von Ostjuden nach Deutschland wirbt, sondern der den nur in Rudimenten vorhandenen Antisemitismus in Deutschland von einer Mücke zu einem respektablen Elefanten aufbläst, was eigentlich sehr widersprüchlich sein dürfte, aber der verbogenen Logik mancher jüdischer Kreise entspricht, geht deutlich auf die Verabredung jüdischer Interessen in Tel Aviv, New York und Frankfurt, zu Lasten Deutschlands zurück.

Ch. Morgenduft

Innenminister Kanthers

Erkenntnisse

Manfred Kanther betrieb Ursachenforschung. Als Ursache der Kriminalitätsentwicklung machte er "Wertewandel, schwindendes Rechtsbewußtsein, Anonymisierung und Individualisierung der Gesellschaft, die Zunahme von Egoismus und Rücksichtslosigkeit sowie den schwindenden Einfluß wertvermittelnder Institutionen" aus.

Damit wandelt Herr Kanther voll auf der Erkenntnislinie der Nationaldemokraten, die diese Defizite vom Anfang ihres Bestehens bis heute anmahnen und gerade von Herrn Kanther deswegen gescholten und verfolgt wurden, wobei sein Verfassungsschutzamt den eigenen Dienstherrn konterkariert, da dieser uns Nationaldemokraten die Überwindung des Egoismus und der Individualisierung zum Vorwurf macht und den völkischen Kollektivismus als besonders verwerflich der NPD ankreidet.

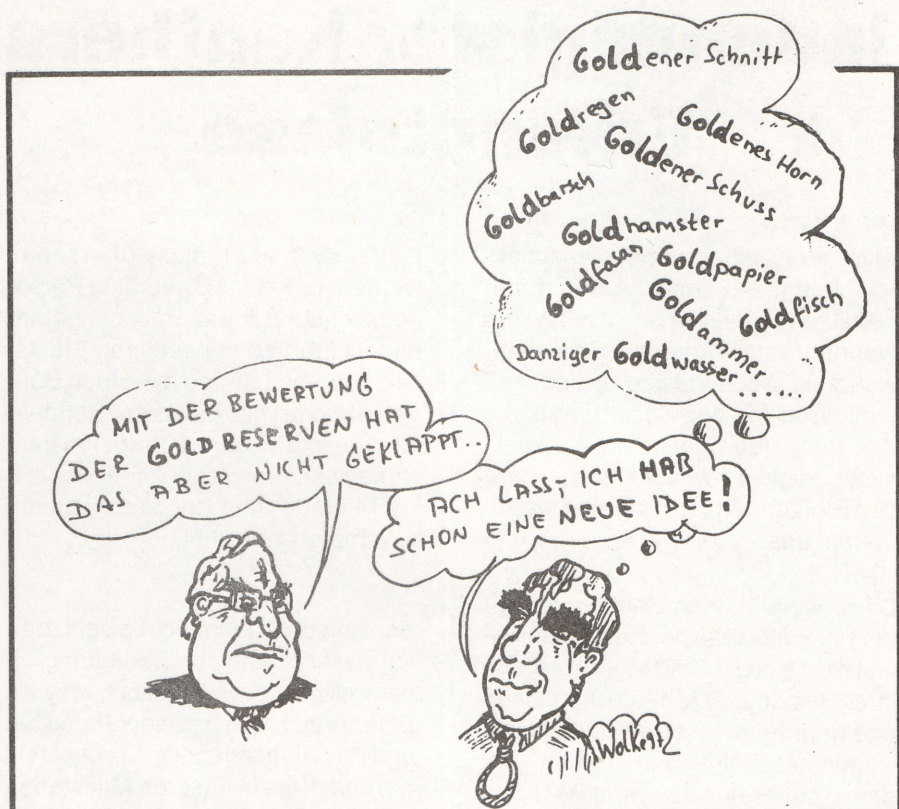
Daß Kanther bei der Vorstellung seines "Zehn Schritte Konzeptes - Deutschland kann sicherer werden!" die Haltung eines weichgekochten Stangenspargels einnimmt und bei der Verbrechensbekämpfung mehr Bürgerverantwortung fordert, da die Polizei personell völlig unterbesetzt ist, ist zwar richtig und wird von uns unterstützt.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß der aufgeblähte Personenschutz für Ignaz Bubis angefangen und für jeden popeligen Staatssekretär und Landes- wie auch Bundesminister bis hin zum Bundeskanzler samt deren Familien und Nebenweibern, erhebliche Polizeikräfte bindet und der Verbrechensbekämpfung entzieht.

Es kann doch nicht richtig sein, daß die gesellschaftliche Bedeutung eines Politikers davon abhängt, wieviele Beamte zum Schutz seiner Personen und Familienangehörigen abgestellt werden. Was in unseren Ministerien und vor allem auch in das Haus des Innenministers Kanther einziehen müßte, sind preußische Disziplin, Verantwortungsbewußtsein, Pflichterfüllung, Bescheidenheit und Unbestechlichkeit.

Aber preußische Tugenden **reichen** bei dem Kollegen des Herrn Kanther, Günter Beckstein, nur zu der hohnvollen Bemerkung: "Es gibt drei Gemeinsamkeiten zwischen einem Storch und einem Preußen: ein großer Schnabel, ein kleines Hirn und der Drang nach Süden!" Ob er damit Manfred Kanther gemeint haben könnte?

W. Frenz



MAASTRICHT UND EURO

Für ein Europa freier Nationen



SIND TOD DER VÖLKER!

UN, Postf. 1826, 55388 Bingen

Dieses Motiv ist als Aufkleber in
verschiedenen Größen vorrätig.
Bitte Muster anfordern bei UN,
Postfach 1826, 55388 Bingen

Bonner Spendierhosen sind immer noch weit genug

Für Bonner Politiker und Beamte gilt das angesagte Sparen nicht. So will Bonn seinen Beamten, wenn sie nach Berlin umziehen, nicht nur den Transport ihres Mobiliars bezahlen, sondern auch die Aufwendungen für Haustiere übernehmen. Soweit dürfte das auch in Ordnung sein, aber die Zusage, die Reitpferde der Ministerialbeamten und deren Familie auf Steuerkosten nach Berlin zu verfrachten, geht über das übliche und bekannte hinaus.

Auch daß der Postausschuß mit Sekretärinnen und Ehefrauen in den Parlamentsferien auf Kosten des Bundes in Südamerika die Länder

Brasilien, Argentinien und Chile besucht, fand ebenso wenig Kritik, wie die Reise des Gesundheitsausschusses, der ebenfalls mit Gefolge eine USA-Rundreise antritt.

Warum sollten auch die Parlamentarier sparen, wenn doch die Bundesregierung 2,5 Milliarden DM nach Marokko transferiert, um dort die Trinkwasseraufbereitung und die Versorgung sicherzustellen. 68 Millionen DM werden an den nordafrikanischen Staat verschenkt. Bei solchen Zahlen sind die Wünsche unserer Abgeordneten, ihrem Fernweh abzu helfen, wirklich nur Peanuts.

Karl Emil

Rußland und die EU

In Bonn werden Töne laut, von denen man lange nichts wissen wollte. Wenn es um die Finanzierung der EU-Aufgaben ging, war kein Mittel gering genug, um nicht doch dort investiert zu werden. So wurden wir Deutschen die größten Nettozahler in dieser Gemeinschaft, und wenn es nach dem Willen der Brüsseler Kommissare ging, wird Deutschland auch die Hauptlast der EU-Erweiterung tragen müssen.

Die Volkswirtschaften der Beitrittsländer müssen auf EU-Niveau ge-

bracht werden, das kostet Geld. So werden für Deutschland die Zuschüsse im Agrarbereich drastisch gekürzt und Subventionen abgebaut, um zum Beispiel die Milchwirtschaft in Polen zu fördern - das bei einem nicht mehr übersehbaren Milchsee in der Gemeinschaft.

Deutschland bezahlt doppelt so viel in die EU-Kasse als England und Frankreich zusammen. Dem Kanzler Kohl ist es nicht zuletzt zu verdanken, daß die Engländer - bezogen auf die pro-Kopf-Quote - 247,-

DM bezahlen, Deutschland dagegen 1.066,-- DM. Möglich wurde das dadurch, daß Kohl die Deutschen verpflichtete, einen Teil der englischen Finanzierungsschuld zu übernehmen, damit die Tommis in Europa laune verbleiben.

Nachdem der deutsche Schuldenberg nicht mehr zu bewältigen ist, kommen aus Bonn Klage töne. Bonn zahlt seit 1991 Jahr für Jahr 14 Milliarden DM mehr in die Gemeinschaftskasse ein, als es eigentlich müßte. 1999 sollen es sogar 131 Milliarden sein, die Bonn zusätzlich bezahlen muß. Da diese Zahlungen in Verträgen festgezurret wurden, in de-

nen sich Bonn über den Tisch hat ziehen lassen, kommt Deutschland aus diesen Zahlungsverpflichtungen nicht heraus.

Nun will auch noch Rußland Mitglied in der EU werden, wie der russische Regierungschef Tschernomyrdin bei seinem Besuch in Brüssel ankündigte. Abgesehen davon, daß die Amerikaner nicht zulassen würden, daß sich der europäische Wirtschaftsraum vom atlantischen Ozean bis zum Pazifik ausdehnen würde, liegt aber gerade darin die Chance, daß dieses ganze Gebilde an seiner Gigantomie zugrunde geht.

Wfr.

"Nazigold" im Vatikan

Das Priebke-Urteil ist ein Skandal. Darüber sind sich alle einig, die etwas vom Völker- und Kriegsrecht verstehen. Priebke und Hass sind Opfer der alttestamentarischen Verfolgung durch den roten italienischen Mob.

Nun geht es aber auch dem Vatikan an den Kragen. Diesem wird vorgeworfen, wie die Schweiz "Nazigold", welches aus jüdischem Besitz gekommen sein soll, gehehlt zu haben. Am gleichen Tag, an dem Priebke verurteilt und der Vatikan bezichtigt wurde, diesem zur Flucht nach Südamerika verholfen zu haben, deckte das jüdische Wiesenthal-Zentrum in Washington nach einem Hinweis des jüdischen US-Finanzministers diesen

angeblichen Deal zwischen dem Vatikan und den faschistischen Organisationen in Ungarn und Kroatien auf.

Das braucht kein Zufall zu sein, sondern kann Methode verraten. Da hilft es auch dem polnischen Papst nicht, daß er seine älteren Brüder, die Juden, um Verzeihung gebeten hat und selbst wöchentlich eine römische Synagoge besucht, um Abbitte für die Verfolgungen der Juden durch die Kirche zu leisten. Dem Papst muß es wie dem Pferd in einer jüdischen Fabel vorkommen: "Kaum hat man das Pferd überredet, nicht mehr zu fressen, schon geht es hin und stirbt!"

Stremme

Für Ausländer nur das Beste

Wenn es um das Ausland und Ausländer geht, ist der Bundesrepublik nichts groß genug, um sich gefällig zu erweisen. Da werden als "Wiedergutmachung im Falle Genc" aus Solingen in einem kleinen Schwarzmeerdorf aus Mitteln des Auswärtigen Amtes eine Kanalisation gebaut und aus Mitteln des Entwicklungsministeriums 147 Millionen DM aufgewendet, um in der türkischen Stadt Bursa eine Stadtbahn zu finanzieren. In Deutschland denkt man darüber nach, ob man dem Befehl aus Brüssel nachkommen soll, Ausländern aus

EU-Ländern, die bei uns leben, die gleiche Sozialhilfe zu zahlen, wie Deutschen.

Noch sträubt man sich, aber wer die Bonner kennt, weiß, daß sie zahlen werden. In Wanne-Eickel stehen viele Kindergartenplätze leer, weil diese für ausländische Kinder reserviert bleiben müssen, obwohl für deutsche Kinder diese Plätze fehlen. Diese Benachteiligung ist allorts zu spüren und trägt sicher nicht dazu bei, daß man den Ausländern freundlicher begegnet.

Bernd Kremer

Deutsche Zukunft

Landesspiegel Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:

NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Günigfelder Str. 101a · 44866 Bochum
Tel.: 02327 / 23 06 19 · Fax: 02327 / 2 16 94

V.I.S.d.P.: Wolfgang Frenz

Ständige Mitarbeiter: Erwin Kemna, G. de Phillip, A. Stremme, Karl Emil, Ernst Günter, Bernd Kremer

Leiter der Redaktionsgemeinschaft:
Wolfgang Frenz

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste 1/90

Nachdruck unter Quellenbezug und Überlassung von zwei Belegexemplaren unentgeltlich gestattet

Konten: Postgiroamt Köln:
179 609-500, BLZ 370 100 50
Sparkasse Bochum:
11 775 079, BLZ 430 500 01

Bezugspreis: 21,50 DM jährlich.
Erscheint monatlich. Gerichtsstand Bochum

Bei Nichtlieferung in Fällen höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Für unangefordert eingesandte Manuskripte, Bänder, Bücher und Videos wird keine Gewähr und Haftung übernommen. Mit Namen und Signum gezeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers, nicht immer die der Redaktion dar.

Zwei Leserbriefe zum gleichen Thema oder wie man die Deutschen demütigt

Unseren Lesern geben wir aus den zahlreichen Zuschriften, die uns täglich erreichen, zwei Leserstimmen wieder, die den ganzen deutschen Jammer des zu Ende gehenden Jahres wiedergeben:

Arbeitslose sollen Laub fegen. Meldung des Generalanzeigers in Wuppertal vom 13.10.97

Dazu schreibt uns R. Schmitz aus Velbert:

Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe sollen künftig zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Eine entsprechende Gesetzesänderung wird im Haushaltsausschuß des Bundestages vorbereitet. Danach sollen Gemeinden bis zu 3.600,-- DM "Erfolgshonorare" pro Sozialhilfeempfänger erhalten, wenn diese mindestens ein Jahr gemeinnützig tätig werden. Wer die angebotene Arbeit ablehnt, dem wird die Arbeitslosenhilfe gestrichen.

Nach Ansicht des SPD-Bundestagsfraktionschefs Scharping sei jedem jede Arbeit zumutbar, zu der sie körperlich und geistig in der Lage seien. Recht hat er ... Drückeberger und Faulpelze in unserer Gesellschaft sollen arbeiten. Was aber ist mit dem Familienvater, der unverschuldet Arbeitslosenhilfe erhalten muß, weil sein Arbeitsplatz ins Ausland verlagert wurde oder der Betrieb, in dem er Jahrzehnte seine Pflicht erfüllte, in Konkurs ging? Für die Arbeitsämter sind heute schon 40jährige schwer vermittelbar.

Dieser Mann, durch Arbeits- und Zukunftslosigkeit vom Schicksal gebeutelter Bürger, benötigt dringend aktive Lebenshilfe und keinen Kehrbesen in die Hand gedrückt. Bestraft und verschuldet durch unsere Bonner Politiker ist der soziale Abstieg vorprogrammiert. Was denkt Herr Scharping über das ständig wachsende Heer der Asylanten, welche ein Arbeitskraftpotential darstellen, das vor Langeweile nicht in den Schlaf kommt.

Da jedem jede Arbeit zuzumuten ist, können bestimmt auch Zentralafrikaner oder ehemalige Wüstenbewohner die hohe Kunst des Dreckfegens erlernen. Sie sollten vor der eigenen Haustür anfangen zu üben. Auch hierzu sollte im Haushaltsausschuß über eine Gesetzesänderung nachgedacht werden. Zumal unsere Innenstädte sicherer und unsere Parkanlagen weniger belagert würden.

Bei den Gedanken, daß ein unbescholtener unverschuldet arbeitslos gewordener Bundesbürger das Umfeld der Asylantenheime von Unrat und Laub befreien soll, dreht sich mir der Magen um.

Nachstehend der Leserbrief des Herrn H. B. aus Erfurt:

"Deutsche müssen Asylheim putzen

Vom Arbeitsamt Hohenstein-Ernstthal werden arbeitslose Frauen über ABM als Reinemachekräfte in das nahegelegene Asylantenwohnheim in St. Egidien geschickt. Diese müssen den

Asylanten die Unterkünfte sauber machen, Klos säubern, Fenster putzen usw..

Der Zustand vor Ort erlaubt die Arbeit nur mit Handschuhen. Die dortigen Ausländer sitzen dabei auf den Betten oder Tischen und lachen die deutschen Frauen noch aus. Bei 30 Grad Außentemperatur lassen sie die Heizung auf Höchststufe laufen, so einfach zum Spaß.

Leider können sich die Frauen auf dem Arbeitsamt nicht wehren. Sie bekämen sofort eine Sperrfrist. Die Zahlung des Geldes würde für ein Vierteljahr eingestellt. Eine AB-Maßnahme käme nie wieder in Betracht. Durch die hohe Arbeitslosigkeit kann man mit den Deutschen machen, was man will."

Deutschland zahlt doppelte Wiedergutmachung

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß sich nach der Wahl des Bill Clinton zum amerikanischen Präsidenten Forderungen zur Nachbesserung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen an Juden einstellen würden, da jüdische Repräsentanten in den USA ihre Unterstützung Clintons davon abhängig machten, daß dieser nach seiner Wahl Bonn unter Druck setzen müßte, in dieser Angelegenheit tätig zu werden. Nun hat Clinton sein Wahlversprechen wahr gemacht - und mit ihm 82 Senatoren - und Bonn massiv aufgefordert, den Begehren der Jewish Claims Conference nachzukommen und die Juden zu entschädigen, die in den Staaten der ehemaligen UdSSR wohnen.

Nun ist es allerdings so, daß viele dieser Juden nicht von Deutschen im Krieg drangsaliert oder umgebracht

wurden, sondern der Zorn der Litauer, Polen und Ukrainer über die Juden in ihren Ländern machte sich vor der Besetzung dieser Länder durch die Deutsche Wehrmacht Luft, indem sie die bedauernswerten Juden quälten oder umbrachten. Trotzdem hat die deutsche Regierung durch Pauschalzahlungen an die betreffenden Staaten in Milliardenhöhe Gutmachung geleistet, die dort spurlos verschwunden sind, oder in die betroffenen Staatshaushalte eingestellt wurden, um Haushaltsdefizite auszugleichen.

Nun soll Deutschland nochmals zahlen, ähnlich wie im Fall des früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Nachmann, der Gelder, die zur Nachbesserung und für Härtefälle verfolgter Juden zusätzlich bereitgestellt wurden, unterschlagen hatte, die dann von Deutschland zum zweiten Mal einge-

fordert wurden und auch gezahlt wurden. Wann bringt die deutsche Regierung den Mut auf, sich gegen die Erpressungen jüdischer Interessengruppen zu wehren?

Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Juden will endlich auch unter Deutschen unauffällig und normal leben. Verhindert wird dieses durch eine einflußreiche Clique, deren Machtanspruch und Lautstärke in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht!

Ch. Morgenduft



Nato-Erweiterung saniert US-Rüstungsindustrie

Die NATO brauchen wir Mitteleuropäer eigentlich nicht mehr, seitdem nach dem Zerfall der UdSSR und des Warschauer-Paktes keine Gefahr mehr für uns von Rußland ausgeht. Eigentlich nützt die NATO nur den USA, die in den Ländern dieser Militäralliance ihr Kriegsmaterial verkaufen und dadurch der amerikanischen Rüstungsindustrie eine Vollbeschäftigung sichern.

Dadurch, daß alle oberen Kommandostrukturen von Amerikanern besetzt sind und der NATO-Generalsekretär völlig von US-Amerikanischen Entscheidungen abhängig ist und wirklich nicht mehr als die Funktion eines "Sekretärs" ausfüllt, wird die NATO suspekt. Die NATO-Osterweiterung kommt so auch nur den US-Amerikanern zugute.

Die Länder Polen, Tschechien und Ungarn, die zunächst in dieses Bündnis aufgenommen werden sollen, werden ihre gesamte Rüstung auf NATO-Normen umstellen und die dazu notwendigen Geräte, vom Tankdeckel angefangen bis hin zur Elektronik des modernen Militärgerätes, von den Amerikanern kaufen. Die europäischen Staaten in der NATO können das dann mit Krediten vorfinanzieren.

Bei den drei vorgenannten Beitrittskandidaten ist bekannt, daß sie über große Potentiale von Kriegsgeräten aus den Zeiten des Warschauerpaktes verfügen, deren Einstellung auf Natonormen ungeheuren Gewinn verspricht. Die drei baltischen Staaten dagegen haben keine Chancen, in das Bündnis aufgenommen zu wer-

den. Dort gibt es kein verdienst-trächtiges Umrüsten auf NATO-Stan-dard, weil so gut wie keine Rüstungs-güter vorhanden sind und diese Staa-ten arm wie Kirchenmäuse sind, um sich moderne Militärgeräte kaufen zu können.

Dabei sind es, wenn überhaupt, die baltischen Staaten, die eines Militär-schutzes durch die Allianz bedürfen. In ihrer Geschichte, so sagte mir im vergangenen Jahr der estische Bot-schafter in Bonn, ging eine Gefahr für das Baltikum immer von Rußland aus. Die Balten verstehen sich da-her aus ihrer Erfahrung als letztes Bollwerk Europas gegen Rußland,

das sie immer als eine asiatische Macht gesehen haben und erfahren mußten.

Daß die Amerikaner die Balten nicht im Bündnis haben wollen, zeigt deut-lich, daß nur pekuniäre Interessen die US-Politik der NATO bestimmen. Auf dem kürzlich in Madrid stattge-fundenen NATO-Gipfel sprach der französische Staatspräsident Chirac nur zu Unrecht von einem "Diktat der Amerikaner", während Herr Kinkel als deutscher Außenminister sich auf die Seite der Amerikaner schlug, um sei-ne Vasallentreue den Amis gegen-über zu demonstrieren.

Wfr.

Konkurse werden zu Kavaliersdelikten

Eine Pleite war früher ein Tabu. Ihr haftete der Geruch des Betruges und des kaufmännischen Schmutzes an. Das hat sich gründlich geändert. Das Allensbacher Institut für Demoskopie stellte durch eine Umfrage fest, daß die Pleite keine Håme mehr auslöst, sondern daß der Konkurs keine Schande mehr ist.

Im anglo-amerikanischen Raum ist dieses schon lange gang und gåbe. Wenn nun diese Unkultur den euro-päischen Raum ergreift, ist dies ein weiterer Schritt zur Amerikanisierung des Abendlandes, die mit Texashut und Cowboy-Stiefeln den redlichen königlichen Kaufmann in Deutsch-land verdrängt.

In ein solches Klima, das Betrug und Konkurs streift, diesen salonfähig

macht, ist auch der besonders von den GRÜNEN und den linkseinge-stellten Verbraucherverbänden for-cierte Schuldnerschutz eingebunden. Schuldenmachen wird leicht ge-macht, da es nicht mehr die Ehre berührt und Gläubiger kaum noch Schulden eintreiben können.

Natürlich will aus humanen Gründen niemand, daß Schuldner wie früher im Schuldurm einsitzen müssen, bis ihre Verwandtschaft sie auslöst. Aber die Schuldenkultur, die heute bei uns herrscht, bringt Typen wie den Dr. Jürgen Schneider hervor, der dann noch, weil er Handwerker und Ban-ken geschickt betrügen konnte, in weiten Teilen der Bevölkerung auf Sympathie stößt!

Wfr.

Erinnerungen an die "Achtundsechziger"

Das Haar ist licht, der Bart ist ab bei den Achtundsechzigern, die die Gesellschaft umkrepeln wollten, um einen Sozialismus einzuführen, der um die Jahreswende 89/90 weltweit kläglich zusammenbrach. Heute sitzen die ehemaligen Revoluzzer, die oft aus besseren, aber dekadenten Familien kamen, nachdem sie den Marsch durch die Institutionen angetreten sind, im Nadelstreifenanzug auf Chefsesseln der Industrie und der Verwaltung.

Den Urlaub verbringen sie in der Toskana, und bevorzugt wird beim Essen Lobster und Weißwein vom Besten. Von den Schreiern von damals ist heute einer Ministerpräsident, ein anderer Fraktionsvorsitzender im Bundestag und einer, der den Banken den Garaus machen wollte, sitzt als Vizechef einer großen Bank vor. Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Rufe sind vergessen.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR hat uns erspart, daß man Ho-Ho-Honecker skandierte. Ein

bißchen Wehmut kam bei den alten Genossen auf, als kürzlich das Skelett ihres Vorbildes, Che Guevara, in Bolivien gefunden und mit militärischen Ehren beigesetzt wurde, obwohl dieser, nüchtern betrachtet, zwar Revolutionär, aber auch ein übler Räuber war.

Das hatte er mit Stalin gemeinsam, der die Kampfgelder für den Bolschewismus aus einem Banküberfall, bei dem mehr als 50 Menschen ihr Leben lassen mußten, beschaffte. Im heutigen täglichen Leben der Bundesrepublik fallen die früheren Revolutionäre nicht auf. Sie sind angepaßt und Diener des Systems geworden.

Abgesehen von Ausnahmen, wenn sie über die Zulassung von Willensäußerungen der deutschen Rechten als Verwaltungsbeamte oder Verwaltungsrichter zu entscheiden haben. Dann bricht das rote Gift der 68er Jahre noch durch.

Wfr.

**LEISTET
WIDERSTAND
JETZT!**

Roman Herzog:

Keine Zeit für Deutsche

Von den Deutsch-Amerikanern wird immer wieder bedauert, daß deutsche Regierungschefs und auch deutsche Präsidenten, wenn sie in die USA kommen, zwar gleich mit wichtigen Personen jüdischer Gruppen zusammentreffen es aber fast unmöglich ist, daß Gespräche zwischen deutsch-amerikanischen Vereinigungen und deutschen Regierungsvertretern stattfinden.

So schrieben die "Deutschland Nachrichten" am 16. Mai 1997 über den Besuch des Bundespräsidenten: "Zu einem fünftägigen inoffiziellen Besuch der USA ist Bundespräsident Roman Herzog am 14. Mai in New York eingetroffen. Am 15. Mai erhielt Herzog den Joseph-Preis der Anti-Diffamation League für sein Wirken für Toleranz und gegen Rassismus in Deutschland sowie für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden ... In New York führte der Bundespräsident außerdem Gespräche mit verschiedenen jüdischen Organisationen..."

Auch die Ansprache des Roman Herzog bei der Eröffnung des neuen Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma in Heidelberg fand bei den Deutschen in Amerika Kritik, weil diese Rede ein Anlaß für die New York Times war, einen Artikel über die "Gypsies" zu bringen, so werden dort die Zigeuner

genannt, in der die von der "International Romani Union", welche sich als eine Internationale des Zigeunertums versteht, die Legende von 500.000 in den deutschen KZ vernichteter Zigeuner in die Welt gesetzt wurde.

Anlaß für einen bekannten Deutsch-Amerikaner, Familienforschung in Sachen Herzog zu machen. Er kam zu einem überraschenden Ergebnis: Herzog soll einen jüdischen und einen Zigeuneranteil in seiner Ahnenliste haben, womit sein Einsatz für die beiden Minderheiten in Deutschland erklärt wird.

Ich finde solche Betrachtungsweisen infam, bin aber überzeugt, daß diese ihren Ursprung in den Provokationen finden, die deutsche Spitzenpolitiker auslösen, wenn sie bei Besuchen in den Vereinigten Staaten für jüdische Gruppeninteressen offener Ohren und Hände haben und die zahlreichen deutsch-amerikanischen Vereinigungen vernachlässigen.

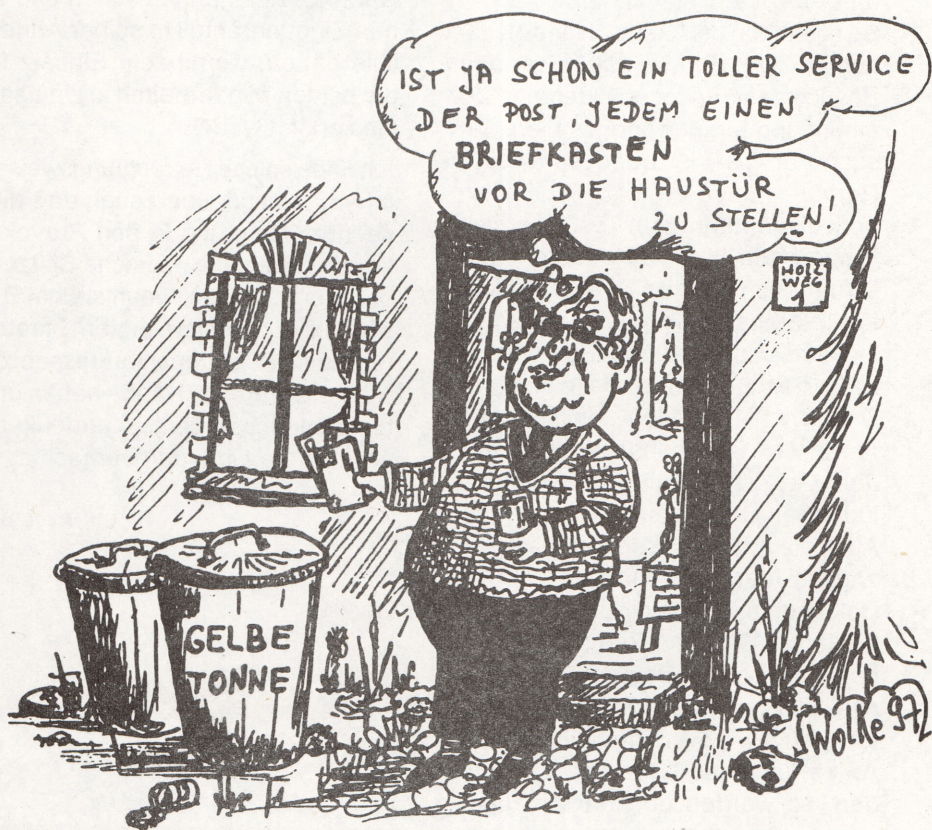
Ch. Morgenduft

Was soll man von Versprechungen unserer Politiker halten?

Beispiel:

Die Zuversicht, der **EURO** werde so
hart sein wie die **DM**, hat so viel Wert
wie die Zuversicht eines Ehemanns,
nach Potenzverlust seien ihm auch
nachfolgende Kinder **garantiert** ähn-
lich.

(Götz)



Hrsg. Rolf-Josef Eibicht

- Jörg Haider - Patriot im Zwielficht -

Eine politische und kritische Analyse.



Bröckelt die Ikone Haider, zu dessen erlangtem Ruhm vor allem seine Gegner wesentlich beigetragen haben? Müssen sich deutsche Patrioten nach Haiders Flirt mit den Mächtigen einen neuen Hoffnungsträger suchen? Äußerungen Haiders als auch Signale aus seiner Umgebung lassen eine grundlegende Kehrtwendung in nationalen Positionen erkennen. Der vorliegende Sammelband von Rolf-Josef Eibicht schildert durchaus positive Aspekte der politischen Arbeit des FPÖ-Chefs, enthält jedoch ebenso schockierend kritische Ansatzpunkte des freiheitlichen Strahlengottes, der immer mehr von seinem einstigen Glanz verliert.

Über 30 Autoren und Interviewpartner beleuchten die durchaus widersprüchlichen Verhaltensweisen und Aussagen Haiders, insbesondere zu seinem Verhältnis zur deutschen Nation. Eine besondere Brisanz erhält das Buch durch eine Fülle prominenter Interviewpartner wie Dipl.pol. Udo Voigt (NPD), Dr. Gerhard Frey (DVU), Franz Schönhuber (ehem. REP), Jean-

Das Buch ist zu beziehen bei:

Deutsche Stimme Verlag,
Rötestraße 4, 70197 Stuttgart,
Tel. 0711- 61 78 96, Fax 0711- 61 17 16,
ISBN 3-9805844-1-0
DM 39,80 ÖS 279,00

Fordern Sie auch unseren kostenlosen,
aktuellen Gesamtkatalog an!

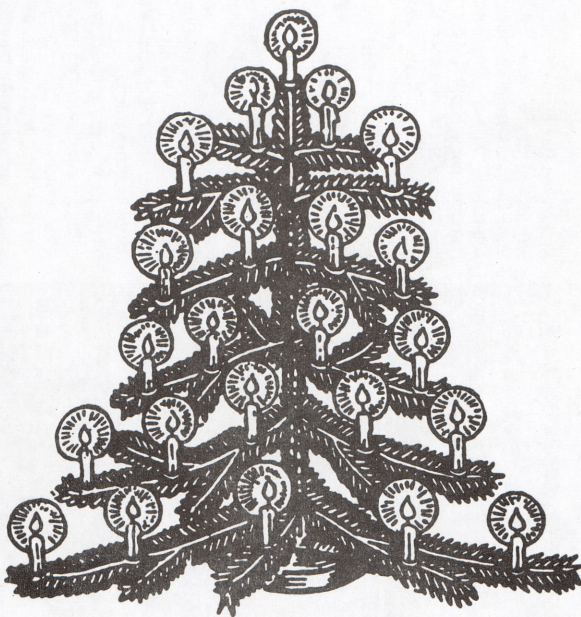
NATIONALDEMOKRATEN

Info's

NATIONALDEMOKRATEN

aus

NORDRHEIN-WESTFALEN



Frohe Weihnachten
und ein glückliches,
erfolgreiches Neues Jahr.